



KÖLNLIBERAL

ZEITSCHRIFT FÜR FREIE DEMOKRATEN IN KÖLN

Freie
Demokraten

FDP Köln

75 JAHRE FDP-FRAKTION IM RAT DER STADT KÖLN



Alle aktiven und ehemaligen Ratsmitglieder der Kölner FDP (v.l.n.r.): Ralph Sterck, Ulrich Breite, Reinhard Houben MdB, Gerhart Baum, Lorenz Deutsch, Volker Görzel, Stefanie Ruffen, Christraut Kirchmeyer, Katja Hoyer, Dietmar Repgen, Yvonne Gebauer, Chantal Schalla, Dr. Rolf Albach und als Ehrengast Bundesfinanzminister Christian Lindner

Mit einem Festakt beging die Kölner Ratsfraktion der FDP Ende Oktober ihr 75-jähriges Bestehen. Der Einladung folgten nicht nur zahlreiche Parteimitglieder und ehemalige Ratsmitglieder, sondern auch zwei Bürgermeister und eine Bürgermeisterin der Stadt, Vertreterinnen und Vertreter der Ratsfraktionen von Grünen, CDU, SPD und Linken, der Verwaltung, städtischer Gesellschaften und Gäste aus der Kölner Stadtgesellschaft und Wirtschaft, der Kirchen und der Synagoge. Außerdem waren zahlreiche Preisträger des von den Liberalen ausgelobten Friedrich-Jacobs-Preises anwesend. Mit fast 300 Gästen war der Stiftersaal bis auf den letzten Platz gefüllt.

Der Fraktionsvorsitzenden Ralph Sterck, der an die KölnWahl von 1948 und den Gewinn von erstmals drei Mandaten im Stadtrat erinnerte, eröffnete: „Ich habe große Hochachtung vor der Wiederaufbauleistung der damaligen Generation.“ Peter Pauls, ehemaliger Chefredakteur des Kölner Stadt-Anzeigers und aktuell Vorsitzender des Kölner Presseclubs, führte anschließend durch den Nachmittag. Er begann mit einer Video-Botschaft der Oberbürgermeisterin Henriette Reker, die im Ausland weilte. Sie hob die gute Zusammenarbeit mit den Liberalen hervor: „In Fragen wie Klinik-Verbund oder Ost-West-Achse passt kein Blatt zwischen uns.“

Gerhart Baum, Bundesinnenminister a.D., und Yvonne Gebauer, Landes-Schulministerin a.D., blickten auf gemeinsame Erinnerungen und ihre jeweilige Zeit im Kölner Stadtrat zurück. Baum war hier vor seiner Zeit im Bundestag sogar Fraktionsvorsitzender. Daneben war es beiden aber auch ein Bedürfnis, auf die Vorfälle in Israel und die Folgen in Deutschland einzugehen. Baum: „Wir müssen unsere Demokratie von Angriffen von Rechts verteidigen!“ Gebauer ergänzte: „Wir haben uns für einen Schüleraustausch zwischen Köln, Tel Aviv und Bethlehem stark gemacht, um mit der Jugend ein Fundament der Verständigung zu legen.“

Viele Anekdoten aus vergangenen Zeiten hatten Barbara Moritz (Grüne), Elfi Scho-Antwerpes (SPD) und Helmut Haumann (CDU) über die Zusammenarbeit mit der FDP im Rat mitgebracht. So lobte Moritz das kollegiale Klima im Stadtentwicklungsausschuss, Scho-Antwerpes erinnerte an die Zusammenarbeit mit dem ehemaligen Bürgermeister der Liberalen Manfred Wolf und Haumann lobte die Bemühungen von Guido Westerwelle, den Ring der romanischen Kirchen unter UNESCO-Welterbeschutz zu stellen. Zum Saxophon-Spiel von Bernd Delbrügge folgte eine „Dia-Schau“ mit Bildern aus 75 Jahren Ratsarbeit der Liberalen.

VORWORT



Bild: Maurice Cox

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

mit einer kaum vorstellbaren Brutalität und Grausamkeit haben am 7. Oktober Terroristinnen und Terroristen der Hamas Israel überfallen und ein Massaker unter der Bevölkerung verübt, das auch zwei Monate später immer noch kaum zu begreifen ist.

In den darauffolgenden Tagen beginnt ein militärischer Gegenschlag gegen die Hamas, die sich in den Palästinaergebieten hinter bzw. überwiegend unter der dortigen sozialen Infrastruktur wie Krankenhäusern, Schulen, Wohngebieten und Moscheen verschanzt hat und so die eigene Bevölkerung als menschliche Schutzschilde missbraucht. Auf beiden Seiten kommen dadurch zahlreiche Menschen ums Leben, die Palästinenserinnen und Palästinenser sind in großer Zahl auf der Flucht. Die Versorgung mit Lebensmitteln, Medikamenten und Energie ist so gut wie zusammengebrochen. Eine zwischenzeitliche Waffenruhe, um die von der Hamas entführten israelischen Geiseln gegen verurteilte palästinensische Straftäterinnen und Straftäter auszutauschen, ist nach kurzer Zeit wieder beendet worden. Eine diplomatische Verhandlungslösung, wie sie von vielen politischen Akteuren weltweit gefordert wird, ist nicht zu erkennen.

Ich muss gestehen, dass mich die Situation im Nahen Osten derzeit völlig überfordert. „Bedingungslos an der Seite Israels zu stehen“ – für mich als Deutscher selbstverständlich. Die Zerstörung der Terrororganisation als militärisches Ziel ist nachvollziehbar, deren Selbstverständnis von der Vernichtung Israels lässt offensichtlich auch keine andere Wahl... Währenddessen „friedet“ gerade der Krieg in der Ukraine im wahrsten Sinne des Wortes ein, auch dort ist eine politische Lösung nicht in Sicht.

Wie passt da jetzt noch „Ich wünsche Ihnen ein schönes und friedliches Weihnachtsfest“ rein? Irgendwie nicht mehr so richtig...

Stephan Wieneritsch
CHEFREDAKTEUR





JUBILÄUMSFESTAKT IM WALLRAF-RICHARTZ-MUSEUM

Fortsetzung von Seite 1

Höhepunkt war die Festrede von Bundesfinanzminister und FDP-Chef Christian Lindner, der die kommunale Arbeit im Ehrenamt als wichtige Basis beschrieb und den Bogen zur Bundespolitik schlug: „Man muss kämpfen können, um nicht kämpfen zu müssen,“ führte er als Begründung für die Stärkung der Bundeswehr an. „Wenn wir die EU nicht hätten, wäre es jetzt Zeit, sie zu gründen,“ entgegnete er den Europakritikern. Für die Liberalen bliebe die Verpflichtung, sich für Würde und Freiheit in einem demokratischen Gemeinwesen einzusetzen. Beim anschließenden Get-together war zu spüren, dass längst nicht alles gesagt war, denn die Gespräche nahmen kaum ein Ende. [jk]





Bilder: Thomas Bonnayer





Lorenz Deutsch sprach auf der Solidaritätskundgebung am 5. November auf dem Roncalliplatz

SOLIDARITÄT MIT ISRAEL NACH DEM 7. OKTOBER

Die grauenhaften Verbrechen der radikal-islamistischen Hamas, die am 7. Oktober an Zivilisten in Israel verübt wurden, sind in ihren Details nur schwer zu ertragen. An diesem Tag manifestierte sich ein eliminatorischer Antisemitismus, von dem man zwar wissen konnte, dessen reale Brutalität aber dann doch den Erwartungshorizont übersteigt. Die erste Reaktion ist Entsetzen. Eine zweite – in meinen Augen natürliche Reaktion – ist Empathie und Solidarität mit den Opfern.

Umso irritierender ist der Befund, dass diese Reaktion nicht allgemein geteilt wurde. Dabei spreche ich nicht von den unsäglichen Freudenfesten von radikalen Islamisten wie den Hamas-Unterstützern oder Samidoun-Anhängern (beide in Deutschland inzwischen verboten) auf deutschen Straßen, nein, ich spreche von einer apathischen Öffentlichkeit und schlimmer noch von denen, die die Angriffe des 7. Oktobers mit Relativierungen und Aufrechnungen verteidigten. Dies geschieht von islamistischen Milieus bis hinein in eine sich selbst links-progressiv begreifende Szene, die Israel als „letztes koloniales und kapitalistisches Projekt“ schon seit langem delegitimiert und dämonisiert. Hierzu gehört der Apartheits-Vorwurf so regelmäßig, wie die Un-

terstellung, Israel wolle alle Palästinenser entrechteten oder gar töten. Letzteres begegnet uns jetzt wieder im Gewand des Genozid-Vorwurfs im Gazakrieg gegen die Hamas. Im deutschen Diskurs hat diese verzerrte Wahrnehmung Israels einen festen ideologischen Ort in der BDS-Bewegung, die in den letzten Jahren ihre unheilvolle Wirkung entfaltet hat. Diese Wirkung in Verbindung auch mit alten Resentiments ist die Erklärung für die weitreichende Empathieschwäche weiter Teile der linken und auch breiteren Öffentlichkeit.

Ja, der Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern ist komplex und schwer in den vielfältigen historischen Entwicklungen zu verstehen. Es ist aber über-

haupt nicht schwer zu verstehen, was am 7. Oktober passiert ist: ein barbarischer Terrorangriff, für den es kaum Vergleiche gibt.

Für uns Freie Demokraten ist die Positionierung klar. Israel verdient nach diesem Terror unser Mitgefühl und unsere Solidarität. Wir denken an die über 1.200 Opfer und die 245 Entführten. Wir erkennen Israels Recht auf Selbstverteidigung an. Wir sehen deutlich, dass es mit islamistischen Radikalen, deren erklärtes Ziel die Vernichtung des Staates Israels und das Töten von Jüdinnen und Juden weltweit ist, keinen Frieden geben kann. Diese klare Erkenntnis kann auch nicht durch das Mitleid mit den zivilen Opfern in Gaza getrübt werden. Auch diese Menschen sind Opfer der Hamas und ihres zynischen Kalküls.

Ich bin froh, dass die Stellungnahme des Bundesvorstandes hier eine ganz deutliche Sprache gesprochen hat. Für die Kölner FDP konnte ich selbst am 5. November auf der bislang größten Solidaritätskundgebung auf dem Roncalliplatz

klar Stellung beziehen. Schon da habe ich gefragt, warum die Kölner Zivilgesellschaft so ruhig bleibt, wo doch sonst „Köln stellt sich quer“ oder „Arsch huh“ schnell gegen Rassismus und Antisemitismus laut werden. Offensichtlich ist dort immer nur der Antisemitismus von Rechts gemeint. Ein wichtiges Anliegen! Dass aber die linke Szene derartige Wahrnehmungsschwäche gegenüber dem linken und migrantischen Antisemitismus zeigt, hat mich sehr enttäuscht.

Leider hat sich die Enttäuschung nicht gelegt, als „Arsch huh“ dann doch noch für den 3. Dezember zum ‚Friedenskonzert‘ aufgerufen hat. Der Aufruf hat den Angriff der Hamas und die Selbstverteidigung Israels, die Terroristen und israelische Soldaten, auf eine Stufe gestellt. Dass Abraham Lehrer, Vorsitzender der Kölner Synagogengemeinde und stellv. Vorsitzender des Zentralrates der Juden Deutschlands, seine Teilnahme abgelehnt hat, war nur allzu verständlich.

Und das führt mich zu den Angriffen, denen unsere jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger ausgesetzt sind. Es gibt Angriffe auf Synagogen, Davidsterne werden als Markierungen an Hauswände geschmiert. Die antisemitischen Straftaten haben seit dem 7. Oktober sprunghaft zugenommen. Jüdische Eltern bringen ihre Kinder nicht in die Kita oder Schule, auf den Besuch der Synagoge wird verzichtet. Jüdinnen und Juden machen sich in Deutschland wieder unsichtbar, weil sie Angst vor Anfeindungen haben.

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, das dürfen wir nicht akzeptieren und stillschweigend geschehen lassen. Zeigen wir deutlich unsere Solidarität mit Israel, mit unseren jüdischen Freundinnen und Freunden. Treten wir entschlossen den Antisemiten und Israelhassern entgegen!

.....
Lorenz Deutsch
Vorsitzender der FDP Köln

FDP-Landtagsfraktion zum Kulturfrühstück in Köln: Wie weit darf Kunstfreiheit gehen?

Beim Kulturfrühstück der FDP-Landtagsfraktion NRW im Consilium in Köln diskutierten rund 90 Gäste mit einem hochkarätig besetzten Podium über die Grenzen der Kunstfreiheit. Wie weit darf Kunstfreiheit gehen und inwieweit sind antisemitische Abbildungen wie bei der documenta fifteen davon gedeckt? [www.fdp.fraktion.nrw]



LIBERALE ANTWORTEN

Falk Neubert

Vorsitzender der Jungen Liberalen Köln



Bild: privat

Auf welche eigene Charaktereigenschaft sind Sie besonders stolz?

Ich werde oft als diplomatisch oder auch als guter Mediator bezeichnet.

Was mögen Sie an sich gar nicht?

Ich tendiere hin und wieder dazu, nur das nötigste zu machen – ist aber besser geworden.

Welches politische Projekt würden Sie gerne beschleunigt wissen wollen?

Generell sämtliche Maßnahmen, die Marktwirtschaft und Klimaschutz intelligent miteinander vereinen.

Wem würden Sie mit welcher Begründung einen Orden verleihen?

Zach Braff für den Dialog in der Bar-Szene in Garden State.

Welche Persönlichkeit in der Geschichte bewundern Sie?

Mary Whiton Calkins – wegen ihrer Liebe zur Psychologie, die sie trotz aller Widerstände so weit gebracht hat, ihres Einsatzes für so viele Frauen nach ihr, und wegen ihrer positiven und wohlwollenden Wahrnehmung auch denen gegenüber, die ihr Steine in den Weg legten.

Wie und wo würden Sie gerne mal Ihren Urlaub verbringen?

Im Nordwesten der USA, am liebsten in einer kleinen Küstenstadt in Oregon. Viel Meer, viel Wald, wenig Stadt.

Welches Buch würden Sie auf eine einsame Insel mitnehmen?

Theorie der ethischen Gefühle von Adam Smith

Welches Kulturereignis haben Sie in der letzten Zeit besucht?

Eine Ausstellung über Ruhrgebiets-Fußball in der Zeche Zollverein in Essen.

Welches Lied singen Sie gern unter der Dusche?

Ich singe nicht unter der Dusche, aber würde ich es tun wäre es ganz sicher "The Meeting Place" von den Last Shadow Puppets.

Wo hätten Sie gern Ihren zweiten Wohnsitz?

Auf Naxos! Eine griechische Insel und für mich einer der schönsten Orte der Welt.

Was verbindet Sie mit Köln?

Viele besondere Menschen, tolle Erinnerungen und die Erkenntnis, dass man mit Heimat nicht nur die Stadt verbinden muss, in der man geboren wurde.

Was können Sie besonders gut kochen?

Definitiv Pastitsio, einen griechischen Nudelauflauf. Mein Tiramisu ist aber auch nicht schlecht.

Was ist Ihr Lebensmotto?

In der Stille liegt Dein Weg.

Was steht auf Ihrem Wunschzettel?

Ein gutes Jahr 2024 für den politischen Liberalismus.

„UNSERE STADT HAT SEIT 2015 SEHR VIEL DAZU GELERNT.“

IM GESPRÄCH MIT KATJA HOYER UND CHANTAL SCHALLA

Das Jahr 2023 geht langsam dem Ende zu. Die Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten und die damit verbundenen weltpolitischen Themen beherrschen die Nachrichten. Währenddessen hat die Kölner FDP ihr 75-jähriges Fraktions-Jubiläum im Rat der der Stadt Köln gefeiert. Wie legt man seinen Fokus auf kommunale Themen in solch schwierigen Zeiten?

Hoyer: Die weltpolitischen Krisen und Schwierigkeiten haben ja auch Auswirkungen auf unsere Stadt. Trauriges Beispiel ist der Krieg in der Ukraine. Wir haben in Köln über 14.000 Menschen aufgenommen, die vor dem Krieg geflohen sind. Für sie müssen Unterkünfte, Kita- und Schulplätze etc. geschaffen werden. Eine echte Herausforderung! Für alle politischen Ebenen. Wobei die Kommune die Ebene ist, die den Wählerinnen und Wählern am nächsten ist und unmittelbar wirkt.

Schalla: Letztendlich schlagen sich internationale Krisen auch kommunal nieder. Katja und ich beschäftigen uns jeweils mit der Unterbringung Geflüchteter, mit dem Aufkeimen von Antisemitismus oder mit der angespannten finanziellen Lage sozialer Einrichtungen aufgrund der Tarifsteigerungen, welche wiederum Folge der Inflation sind. Alles Umstände, auf

die Kommunen nur reagieren können, aber keinen Einfluss haben. In Krisenzeiten übernehmen wir diese zusätzlichen Aufgaben. Wer den sozialen Frieden bewahren möchte, darf andere Herausforderungen des sozialen Bereichs aber nicht aus dem Blick verlieren.

Ich habe zu Anfang der Wahlperiode mit meinem Team im Jugendhilfeausschuss eine Roadmap erstellt. Diese Vorarbeit hilft mir jetzt ungemein. Schließlich ist Kommunalpolitik nur ein Ehrenamt und unsere Ressourcen sind leider nur begrenzt.

Zum Jahresende vollzieht sich in der Fraktion auch ein personeller Wechsel. Frau Hoyer, warum verlassen Sie die Fraktion mitten in der Ratsperiode?

Hoyer: Bei mir sind es wirklich rein persönliche Gründe. Außerdem bleibe ich ja weiterhin sozialpolitische Sprecherin der Ratsfraktion und kann mich und meine Themen in die Ratsarbeit einbringen. Ich verabschiede mich also nur teilweise aus der Ratsarbeit. Außerdem freue ich mich, dass mir mit Chantal eine Ratsfrau folgt, der das soziale Köln ebenfalls sehr am Herzen liegt.

Frau Schalla, Sie folgen Frau Hoyer auf der Ratsliste nach. Was sind Ihre Themen und Schwerpunkte?

Schalla: Ich trete in große Fußstapfen. Katja ist in der sozialen Trägerschaft eine bekannte und geschätzte Person. Das muss ich mir weiterhin erst erarbeiten. Ich bringe eine junge Stimme in den Rat, Mitglieder unter 30 kann man ja an einer Hand abzählen. Meine Stimme will ich nutzen und Köln familienfreundlich gestalten – dies vor allen Dingen aus der Sicht von Kindern und Jugendlichen.

Nach wie vor will ich die Jugendpartizipation in Köln voranbringen. Seit der Pandemie sehe ich aber einen großen Handlungsbedarf bei der Chancengerechtigkeit insbesondere bei den Bildungsbiografien junger Menschen. Da ging es die letzten Jahre eher mehrere Schritte zurück als vorwärts. Ein Aufstiegsversprechen muss es aber für alle und nicht nur für Kinder aus gut gestellten Familien geben. Daher braucht es wieder eine verlässliche Kinderbetreuung in Köln, um schon mit den Kleinsten pädagogisch arbeiten zu können, aber auch Angebote für Schülerinnen und Schüler, um Lernschwächen zu meistern oder psychische Belastungen früher aufzufangen.

Das Thema Migration wird auf allen politischen Ebenen sehr kontrovers diskutiert. Am Ende müssen die zwingend notwendigen Lösungen meist in der Kommune gefunden werden, wo die

Katja Hoyer wurde 1961 in Königstein im Taunus geboren. Sie ist mit Werner Hoyer verheiratet, hat einen Sohn und eine Tochter. Nach ihrem Studium der Politikwissenschaften, Publizistik und der neueren Geschichte war sie als Pressesprecherin für das Beratungsunternehmen Kienbaum Consultants international tätig.

1982 trat sie den Jungen Liberalen und der FDP bei. Sie war Mitglied im Landesvorstand der Jungen Liberalen und leitete den Bundesarbeitskreis Innen und Recht. Dem Kuratorium der Wolfgang-Döring-Stiftung gehörte sie von 1994 bis 2000 an. Sie war bis 2011 stellvertretende Vorsitzende des damaligen Ortsverbandes West, dem heutigen Stadtbezirksverband Lindenthal. Von 2004 bis 2009 war sie Mitglied der Bezirksvertretung Lindenthal. 2009 zog sie in den Kölner Stadtrat ein und wurde Sozialpolitische Sprecherin. 2014 wurde sie stellvertretende Vorsitzende und Integrationspolitische Sprecherin der Ratsfraktion.

Chantal Schalla wurde 1995 in Gelsenkirchen geboren. Nach ihrem Abitur absolvierte sie ein Freiwilliges Soziales Jahr in der Landtagsfraktion der FDP. Im gleichen Jahr trat sie der FDP bei und war zuerst jeweils im Kreisvorstand und bei den JuLis in ihrer Heimatstadt Recklinghausen aktiv. 2015 begann sie ihr Studium der Rechtswissenschaften in Köln. Von da an engagierte sie sich bei den Kölner JuLis und war deren Kreisvorsitzende bis 2018. Für die Jungen Liberalen NRW leitete sie mehrere Landesarbeitskreise im Bereich Soziales und Gesellschaftspolitik. Ab 2018 wechselte sie vom Stadtbezirksvorstand Innenstadt nach Nord und bringt sich dort seitdem als Mitglied des Vorstandes ein.

Sie war 2019 bis 2020 Mitglied im Ausschuss für „Allgemeine Verwaltung, Rechtsfragen, Vergabe und Internationales“ und besetzte dort vor allen Dingen das Thema Gleichstellung. Seit der KölnWahl 2020 ist sie Sachkundige Bürgerin im Jugendhilfeausschuss und Jugendpolitische Sprecherin der Ratsfraktion.

geflüchteten Menschen ankommen. Wie ist die aktuelle Situation in Köln?

Hoyer: Die Entwicklung bereitet mir Sorge. Schon jetzt reichen die Unterbringungsplätze kaum aus. Derzeit befinden sich über 11.000 Geflüchtete in städtischen Unterkünften. Im Hinblick auf die Frage weiterer Unterbringungsmöglichkeiten herrscht bisher Konsens darüber, auf Turnhallen verzichten zu wollen. Das ist auch meine Meinung. 2015/2016 war ich in vielen Turnhallen und habe gesehen, wie schlecht diese Unterbringung für Geflüchtete ist. Keinerlei Privatsphäre und unzureichende sanitäre Anlagen.

Außerdem bin ich der Meinung, dass es innerhalb der Bevölkerung zu massiven Protesten kommen würde, wenn wir unseren Kindern und Vereinen erneut die Möglichkeit nehmen, Sport zu machen. Insbesondere nach der Durststrecke Corona.

Schalla: Die Situation ist angespannt. Ich stehe zu unserer humanitären Verpflichtung, Geflüchteten Personen zu helfen. Es ist aber ein Kraftakt aller Beteiligten. Da wir bei Personal und Unterbringungsmöglichkeiten einen Mangel haben, sind schwierige Entscheidungen zu treffen. Neben der angespannten Lage bei der Verwaltung und den Trägern müssen wir jetzt aber auch auf unsere ehrenamt-

lichen Strukturen achten. Wie immer folgt auf eine Solidaritätswelle der Bevölkerung nun die Ernüchterung.

In vielen Bereichen sind uns rechtliche Grenzen gesetzt, die eine schnellere Integration geflüchteter Personen verhindern. Ich erhoffe mir, dass der Bund nun beherzter agiert, sodass Menschen mit Bleibeperspektive schneller in Arbeit kommen und ihre Familien sich ein Leben außerhalb der Unterkünfte aufbauen können.

Stichwort Schule und Bildung: Viele Geflüchtete haben ja auch Kinder dabei, für die auch in diesen Bereichen Angebote bereitgestellt werden müssen. Sind die Kapazitäten der Stadt ausreichend?

Schalla: Unsere Stadt hat seit 2015 sehr viel dazu gelernt. Das System der Willkommensklassen überzeugt mich vor allen Dingen bei den Grundschulern sehr. Natürlich könnte das alles noch schneller gehen. Jedoch habe ich das Gefühl, dass hier Schulen, Kitas sowie die Verwaltung ihr Möglichstes tun und ich bin dankbar für diese Arbeit.

Schwierig ist es bei den Familien mit geringer Bleibeperspektive – auch für deren Kinder besteht in Deutschland die Schulpflicht. Haben wir diese Kinder in

Willkommensklassen aufgenommen, so müssen diese das Land nur häufig schon wieder verlassen.

Ein anderes drängendes soziales Problem scheint mir derzeit etwas in den Hintergrund zu rücken: Die obdachlosen Menschen, deren Zahl in Köln auch immer größer zu werden scheint. Entsteht da bei den begrenzt zur Verfügung stehenden Angeboten eine Art „Konkurrenz“ zwischen Geflüchteten, Obdachlosen und Suchtkranken?

Hoyer: Die Konkurrenz sehe ich eher bei den Angeboten als bei den Menschen. In der Sozialpolitik stehen häufig Menschen mit sogenannten „multiplen Problemlagen“ im Fokus. Das heißt, ein Obdachloser ist nicht allein wohnungslos, sondern auch drogenabhängig bzw. geflüchtet.

Die Stadt entwickelt zur Zeit Konzepte gegen Wohnungslosigkeit und Drogenmissbrauch. Das kostet natürlich Geld und das fehlt sowohl in Köln als auch auf Landes- und Bundesebene. Um das vorhandene Geld konkurrieren dann Stadt und freie Träger. Wir sehen bereits jetzt, dass viele Angebote im sozialen Bereich eingestellt werden.

Herzlichen Dank für das Gespräch.

[Das Gespräch führte Stephan Wieneritsch.]

DIE FDP, DER LIEGENSCHAFTSAUSSCHUSS UND DAS ERBBAURECHT

Seit Beginn der Ratsperiode kann der Liegenschaftsausschuss mit sachkundigen Bürgern und Bürgerinnen und auch mit sachkundigen Einwohnern und Einwohnerinnen besetzt werden. Davor konnten ausschließlich Mitglieder des Rates im Liegenschaftsausschuss mitbestimmen.

Die Fraktion hat mich als sachkundige Bürgerin – mit Rede- und Stimmrecht – und den Kollegen Andreas Michalak als sachkundigen Einwohner 2020 gewählt. Andreas Michalak musste im April d.J. sein Amt aus beruflichen Gründen niederlegen. Nach einer Ausschreibung durch die Fraktion wurde Marc Mauracher als sein Nachfolger vor der Sommerpause gewählt. Der Liegenschaftsausschuss berät zum größten Teil aus Datenschutzgründen in nicht öffentlicher Sitzung.

Der Liegenschaftsausschuss entscheidet über:

1. Erwerb inklusive der Ausübung gesetzlicher und vertraglicher Vorkaufsrechte, Veräußerung und Belastung von Grundstücken bei Beträgen von mehr als 50.000 bis einschließlich 500.000 Euro;
2. Vermietung und Verpachtung städtischer Liegenschaften bei Verträgen mit einer Laufzeit von mehr als fünf bis einschließlich zehn Jahren oder einer Miet- oder Pachtsumme von mehr als 50.000 bis einschließlich 500.000 Euro innerhalb der Laufzeit;
3. Zuerkennung von Räumungsentschädigungen bei Freistellungen im öffentlichen Interesse bei Beiträgen von mehr als 25.000 Euro;
4. Baumaßnahmen an und Gestaltung von fiskalisch genutzten städtischen Hochbauten bei Kosten von mehr als 300.000 bis einschließlich 1,5 Millionen Euro;
5. Bedarfsfeststellungen von Lieferungen und Leistungen für fachliche und dv-technische Aufgaben der Liegenschafts-, Vermessungs- und Katasterverwaltung einschließlich des Geodatenmanagements bei Auftragswerten von mehr als 100.000 bis einschließlich 1 Millionen Euro.

In den letzten Monaten ist ein Thema allerdings besonders hervorzuheben: die Vergabe von städtischem Grund in Erbpacht. Der erste Baustein, die Vergabe von Grund für Wohnraumbebauung wurde bereits durch den Rat – allerdings gegen die Stimmen unserer Fraktion – beschlossen. Baustein 2, die Vergabe von Grund

für Gewerbeimmobilien, und Baustein 3, die Vergabe an sozial-kulturell tätige Institutionen, sollen in Zusammenarbeit mit den Ausschussmitgliedern folgen.

Die FDP-Fraktion steht der Vergabe in Erbpacht kritisch, aber nicht negativ gegenüber. Erbbaurecht wird im Kontext der steigenden Zinsen aktuell als eine kostengünstige und geeignete Alternative zu dem „traditionellen“ Erwerb einer Liegenschaft diskutiert. Der teure Hausbau oder Kauf wird dabei um den Preis des Grundstückes reduziert da sie dieses nicht erwerben, sondern dem Veräußerer, in diesem Fall der Stadt, eine Pacht zahlen. Nach dem Ablauf der Vertragsdauer besitzen Sie also ein teuer gebautes Haus auf einem Grundstück, dass Ihnen nicht gehört, und worüber die Stadt entscheiden kann, ob Sie den Vertrag verlängert oder nicht. Ebenfalls angepasst werden natürlich die Konditionen bei der Verlängerung, da sich die Pacht nach dem Wert des Grundstückes bemisst.

Im direkten Vergleich ist zu erkennen, dass die monatliche Belastung bei einem Annuitätendarlehen doppelt so hoch ist wie bei dem Erbbauzins. In der Laufzeit zeigt sich jedoch eine Differenz von 69 Jahren. Daraus resultiert ein erheblicher Unterschied in den Kosten. Hinzu kommt, dass nach Ablauf des Annuitätendarlehens das Grundstück im Besitz des Erwerbers ist und somit den Kosten gegenzurechnen ist.

Aufgrund der volatilen Immobilienpreise sind Wertsteigerungen nicht miteingerechnet. Es ist jedoch wahrscheinlich, dass über einen Zeitraum von 99 Jahren der Wert der Liegenschaft erheblich steigen würde. Zusammenfassend hat Erbbaurecht kurz bis mittelfristige Liquiditätsvorteile für den Erwerber/Pächter. Jedoch hat dies langfristig einen hohen wirtschaftlichen Preis, wodurch die Stadt als Veräußerer massiv profitiert.

Praxis ist die Anwendung von Erbbaurecht aktuell bei Liegenschaften mit privater Nutzung. Die Stadt lässt nun die

Voraussetzungen schaffen, dies auch für Gewerbe Immobilien einzuführen. Zwischen dem privaten und gewerblichen Erbbaurecht besteht jedoch ein essenzieller Unterschied und der ist der „Erwerber“. Der Unternehmer betrachtet die Immobilie rein wirtschaftlich, indem das Erbbaurecht, wie im Vorfeld erläutert, keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung darstellt. Der Unternehmer kann alternativ auf andere Standorte, Städte und Länder auszuweichen, wo kein Erbbaurecht vergeben wird.

Fazit zum Erbbaurecht: Das Erbbaurecht ist aus einer wirtschaftlichen Perspektive, keine wirklich Alternative. Ja, es senkt die kurz- bis mittelfristige Belastungen und ermöglicht so eine bessere Liquidität, jedoch ist es langfristig teurer als ein Darlehen und schafft kein Eigentum, sondern eine fortwährende Verbindlichkeit. Dass Erbbaurecht die Immobilienspekulation eindämmen oder reduzieren kann, halte ich für illusorisch und fällt für mich als Argument weg. Somit verbleibt nur die erwähnte Liquidität bei der Finanzierung als Vorteil, welche im Vergleich mit den genannten Nachteilen nicht überwiegt.

Einen wirtschaftlichen Beweggrund für die Einführung des Erbbaurechts kann ich somit nicht erkennen, deshalb muss von einem politischen Beweggrund ausgegangen werden. Da einer der regierenden Parteien schon vor der Einführung des Erbbaurechts mit Theorien aus der Planwirtschaft philosophiert hat, sowohl auf lokaler Ebene, Downsizing (Festlegung und Reduzierung der Wohnfläche für Rentner) als auch auf Bundesebene, Verbot des Einfamilienhauses (Hofreiter 2021), scheint das Forcieren des Erbbaurechts nun der nächste logische Schritt. Es ist deutlich einfacher, die eben genannten Punkte in Erbbauimmobilien umzusetzen als in Immobilien, die im privaten Besitz sind. Dadurch empfinde ich Erbbaurecht als signifikanten Eingriff in die Rechte des Bürgers. Auch wenn es manch eine Partei bedauert, noch haben wir keine Planwirtschaft. Mein Vorschlag zum Abschluss wäre, den Bürgern und Firmen selbst zu überlassen, ob sie die Liegenschaft erwerben oder pachten/mieten möchten. Dies wäre aus meiner Sicht liberal und würde den Standort Köln stärken.

Christtraut Kirchmeyer
und Marc Mauracher,
Mitglieder im Liegenschaftsausschuss

LIBERALE ERFOLGE IN DER AMPEL

Dieser Herbst hat es wieder einmal gezeigt: Es macht einen wichtigen Unterschied für unser Land, ob die FDP mitregiert. Ich möchte einige Beispiele nennen.



Bilder: FDP

Reinhard Houben, MdB

Heizungsgesetz

Der ursprüngliche Entwurf aus dem Wirtschaftsministerium bevorzugte einseitig die Wärmepumpe und wollte alle Hausbesitzer in diese Technologie drängen, obwohl viele Häuser dafür nicht geeignet sind. Es sollte eine Austauschpflicht für alte Heizungen geben. Die vorgegebenen Zeiträume waren unrealistisch und alles sollte mit staatlichen Subventionen gefördert werden. Die FDP hat frühzeitig auf die Probleme hingewiesen und Änderungen verlangt. Am Ende haben wir eine Technologieoffenheit durchsetzen können, sodass auch Holzheizungen, Biomethan oder Fernwärme erlaubt bleiben, außerdem auch Gasheizungen, die sich auf Wasserstoff umrüsten lassen. Der genaue Sanierungsfahrplan bleibt den Eigentümern überlassen. Jede funktionierende Heizung kann weiter betrieben und bei Bedarf repariert werden. Schließlich haben wir durchgesetzt, dass zuerst die kommunale Wärmeplanung in jeder Gemeinde bekannt sein muss, bevor man sich für eine Form der Sanierung entscheiden muss.

Wachstumschancengesetz

Finanzminister Christian Lindner hat das Wachstumschancengesetz vorgeschlagen und in der Regierung durchgesetzt. Damit werden kleine und mittlere Unternehmen in den kommenden Jahren um insgesamt sieben Milliarden Euro entlastet. Das Paket umfasst 50 Einzelmaßnahmen. Hier nur ein paar Beispiele: Eine Prämie für Investitionen in klimafreundliche Technologien bewirkt, dass sich energie- und ressourceneffiziente Wirtschaftsgüter schon deutlich früher für Unternehmen rechnen. Gegenwärtige Verluste von Unternehmen können in einem größeren Umfang mit früheren und künftigen Gewinnen verrechnet werden. Mit schnelleren Abschreibungen sorgen wir dafür, dass mehr Liquidität in den Unternehmen verbleibt. Mit verschiedenen

Maßnahmen wird die steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung verbessert. Eine Übersicht über die Maßnahmen findet man auf der Homepage [bundesfinanzministerium.de](https://www.bundesfinanzministerium.de). Ohne die FDP hätte niemand die Initiative für ein solches Entlastungspaket ergriffen.

Nachtragshaushalt

Durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Klimafonds mussten Teile des Bundeshaushalts für das Jahr 2023 auf neue Füße gestellt werden. Dabei ging es darum, dass alle zugesagten Mittel auch tatsächlich rechtssicher ausgezahlt werden können. Dies war nur möglich, indem die Schuldenbremse des Grundgesetzes auch für das Jahr 2023 noch einmal ausgesetzt wurde. Bei dieser Gelegenheit witterten andere die Chance, weitere Ausgabenwünsche unterzubringen. Es ist der Standhaftigkeit der FDP zu verdanken, dass in diesem Moment keine zusätzlichen Schulden beschlossen wurden. Die notwendigen Ausgaben aus dem Klimafonds wurden lediglich auf eine neue rechtliche Grundlage gestellt. Und sogar noch mehr: Wir machen nicht nur keine neuen Schulden, sondern reduzieren diese im Ergebnis sogar. Damit konnte sich die FDP wieder als Hüter solider Staatsfinanzen profilieren.

Haushalt 2024

In diesem Sinn sieht sich die FDP verpflichtet, auch bei der nunmehr erforderlichen Neuberatung über den Haushalt 2024 dafür zu sorgen, dass wir das Bekenntnis dieser Ampelregierung zu soliden Staatsfinanzen auch tatsächlich umsetzen. Zusätzliche Ausgabenwünsche sind nicht finanzierbar, im Gegenteil: Es muss gespart werden. Die Schuldenerhöhungen kommen für die FDP nicht in Frage. Man kann davon ausgehen, dass eine Regierung ohne die FDP in dieser Situation die Steuern erhöhen würde.

2 Jahre Erfolge

Zum Schluss möchte ich daran erinnern, dass die FDP in den letzten zwei Jahren bereits zahlreiche Projekte aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt hat. Zu unseren Erfolgen zählen drei Pakete zur Steuerentlastung, die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren, das Fachkräfteeinwanderungsgesetz, BAföG-Reform und Startchancenprogramm, die Erhöhung der Minijobgrenze, die Ratifizierung des Handelsabkommens mit Kanada, das Deutschlandticket, die digitale Kfz-Zulassung, die Streichung der EEG-Umlage und die Senkung der Stromsteuer und nicht zuletzt die Erhöhung des Verteidigungshaushalts. Mehr Informationen dazu findet man auch unter www.fdp.de/erfolge.

Fortsetzung

Diese erfolgreiche Politik wollen wir fortsetzen. Weitere wichtige Maßnahmen stehen an. Dazu gehört ein umfangreiches Entbürokratisierungspaket, in dem Marco Buschmann die Vorschläge aus verschiedenen Ministerien bündelt. Auch wenn es mancherorts in der Partei eine grundsätzliche Abneigung gegen die Zusammenarbeit mit SPD und Grünen gibt, so muss ich doch feststellen: Dieses Bündnis ist in der Lage, den Reformstau aus der Groko-Zeit abzubauen und gleichzeitig richtig auf die neuen Herausforderungen zu reagieren. Wenn wir dies auch in den nächsten zwei Jahren erfolgreich fortsetzen, können wir 2025 guten Gewissens vor die Wählerschaft treten und werden auch wieder das Vertrauen bekommen.

Reinhard Houben,
MdB und Wirtschaftspolitischer
Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion

„WIR HABEN MIT VAN NES ZIEGLER EINIGE DINGE AUF DEN WEG GEBRACHT...“



Gerhart Baum (l.) im Gespräch mit Friedrich Jacobs während einer Sitzung des Kölner Stadtrates

Bild: FDP-Köln

Was haben FC-Fans und FDP-Mitglieder gemeinsam? Sie kennen durchaus Höhen und Tiefen für ihren Verein. Gleiches kann auch Gerhart Baum berichten, der seine kommunalpolitischen Erinnerungen mit uns teilte. Dieses Mal geht es in die zweite Hälfte der 1960er-Jahre. Hier folgt erst der Gang in die außerparlamentarische Opposition und dann jedoch im Jahr 1969 eine mehr als erfolgreiche Rückkehr an die Spitze der Kommunalpolitik.

BAUM: Da gibt es eine Erinnerung an die Fraktion noch. Wir haben angefangen mit einer ganz kleinen Fraktion. Als ich eintrat, da gab es einen Herrn Lercher, daran erinnere ich mich noch. Herrn Casaretto. Die wir beobachtet haben, die wir auch unterstützt haben.

[Herr Baum war zu dem Zeitpunkt kein Mitglied des Stadtrats. Mit „wir“ meint er die Jungdemokraten, dessen Bundesvorsitzender er 1966-68 war. Die Fraktion umfasste 1960-1965 fünf Mitglieder.]

Und dann flogen wir aus dem Rat bei der Kommunalwahl im September 1965! Wir haben dann natürlich das Ziel gehabt, in den Rat zurückzukehren und haben eine ganz intensive Kommunalpolitik gemacht. Wir hatten Verbündete in der Stadtverwaltung, die uns alles Mögliche erzählt haben. Als wir später wieder im Rat waren, haben wir sie auch dankenswerter Weise gefördert.

Wir hatten also Verbündete in der Stadtverwaltung und wussten also ziemlich genau, was in bestimmten Bereichen vor sich ging. Dann bei jeder Ratssitzung saßen wir auf der Gästetribüne und haben nach der Ratssitzung das Ergebnis direkt live vor Ort vor der anwesenden Presse kommentiert. Wir haben sozusagen virtuell an den Ratssitzungen teilgenommen in Präsenz (lacht).

Ein großes Thema, an das ich mich erinnere, war damals der Ausbau des Müngersdorfer Stadions. Es war ebenfalls stark die Schulpolitik. Wir wollten die Gemeinschaftsschule und weg von der Konfessionsschule. Da war man auch in der FDP [Anm.: wie auch bei den Jungdemokraten] sich ziemlich einig. Da gab es ganze Kampagnen, die wir gemacht haben. Ebenfalls beseitigt haben wir die Zwergschulen [Schulen mit lediglich einer einzigen Lehrkraft], die auch in den Kölner Vororten überall noch existierten.

Schließlich sind wir im November 1969 wieder in den Rat reingekommen [6,0 Prozent, vier Mandate, mit Gerhart Baum als Fraktionsvorsitzenden] und dabei hatten wir auch aus der Bürgerschaft hoch aktive Leute. Das war der der Urologe Wilhelm Peter Winkler, der sich sehr engagiert hat, obwohl er ein frei praktizierender Arzt war. Es war sehr schwierig für ihn, sein Mandat wahrzunehmen, wenn man gleichzeitig Sprechstunde in der eigenen Praxis hat. Und das war Klaus Burghard, ein hervorragender Kulturpolitiker.

An dem Sonntagabend gingen wir ins Rathaus zum Feiern. Und am nächsten Tag haben wir direkt dort gesagt „Wo sind unsere Räume?“ Die gab es nicht, noch nicht. Dann haben wir also die erste Sitzung in einem Sitzungssaal im Spanischen Bau durchgeführt und haben dann im Nu eine Fraktionsgeschäftsführung

aufgebaut und an politischen Entscheidungen mitgewirkt.

Der Mehrheitsführer war damals der Oberbürgermeister John van Nes Ziegler von der SPD. Die SPD hatte hierbei im Rat auch die absolute Mehrheit. Und van Nes Ziegler wollte dennoch mit uns ein Bündnis schließen. Das habe ich dann auch gemacht.

Er hatte nämlich einen Hintergedanken: Er wollte Max Adenauer (CDU) als Bürgermeister verhindern und stattdessen Friedrich Jacobs von der FDP wählen. Und dann haben wir gesagt: Okay, machen wir mit und Friedrich Jacobs ist dann in einer sehr hitzigen Sitzung im Rat auch gewählt worden. Die FDP stellte damit den ersten Stellvertreter des Oberbürgermeisters.

Dann haben wir mit OB van Nes Ziegler auch in der Sache kooperiert, obwohl er eigentlich alles hätte allein machen können. Wir haben in der Kulturpolitik sehr intensiv kooperiert. Da war er sehr engagiert. Ich war damals nämlich auch im Kulturausschuss. Wir haben mit van Nes Ziegler einige Dinge auf den Weg gebracht und ich bin dann ausgeschieden, als ich 1973 in den Bundestag kam. Danach hat Herr Winkler das übernommen und auch eine sehr erfolgreiche Kommunalpolitik gemacht.

Fortsetzung in der kommenden Ausgabe

Anfang 2023 hat sich eine liberale Initiative gebildet, die den Menschen der Generation 50+ wieder mehr Gehör in der Kölner Politik und der Gesellschaft verschaffen möchte.

Im Juli 2023 wurde vom Landesvorstand der Liberalen Senioren (LiS) NRW beschlossen, den Kreisverband LiS Köln zu gründen. Im Oktober 2023 wurden Marlis Pöttgen und Michael Kühle als gleichberechtigte Kreisvorsitzende benannt. Auf Basis einer ebenfalls im Herbst durchgeführten Werbekampagne konnten bisher bereits rund 60 Liberale für eine Mitwirkung im neuen KV LiS Köln gewonnen werden.

Im September fand ein erster Austausch mit der Seniorenvertretung der Stadt Köln, den Mitgliedern der FDP-Ratsfraktion und der LiS Köln im Kölner Rathaus statt.

LIBERALE SENIOREN KÖLN STELLEN SICH VOR



Gründungsteam des Kreisverbandes der LiS Köln (v.l.n.r.): Renate Domke, Biber Happe, Marlis Pöttgen, Michael und Petra Kühle

Nach einem ersten Treffen im November sollen künftige Mitgliedertreffen einmal im Quartal stattfinden. Zweimal jährlich sind die Planung und Durchführung von kulturellen Veranstaltungen vorgesehen, deren Themen und Inhalte unter den Mitgliedern abgestimmt werden.

Aktuell ist eine Kampagne zur Gefährdungsreduzierung von Fußgängern durch Radfahrende sowie der Einsatz für mehr Barrierefreiheit und ein seniorengerechteres Wohnumfeld. Bitte wenden Sie sich gerne an LiS@Koeln.de. Sie sind dort herzlich willkommen! [mk]

VERLEIHUNG DES FRIEDRICH-JACOBS-PREISES



Wie schon seit vielen Jahren, vergibt die FDP-Fraktion auch dieses Jahr den Friedrich-Jacobs-Preis. Im Jahr 2010 wurde er aus Anlass des 100. Geburtstags ihres langjährigen Fraktionsvorsitzenden und Bürgermeisters der Stadt Köln Dr. Friedrich Jacobs zu seinem Gedenken gestiftet und erstmalig verliehen. Dieses Jahr wird das Blau-Gelbe Kreuz e.V. diesen Preis erhalten. Die Laudatio wird Ratsfrau

Stefanie Ruffen halten. Sie erklärt dazu: „Das Blau-Gelbe Kreuz hat sich in außergewöhnlicher Weise für Hilfsbereitschaft und den Schutz von Menschenleben in Zeiten des Ukrainekriegs eingesetzt. Insbesondere hat es sich für Opfer des Krieges engagiert, darunter Kinder, Flüchtlinge, Verletzte und andere stark bedürftige Menschen in der vom Krieg heimgesuchten Ukraine. Die Prinzipien der Hilfsbereitschaft und Menschlichkeit, die dieser Verein verkörpert, sind Vorbilder für uns alle. Diese Auszeichnung soll nicht nur die bisherigen Leistungen würdigen, sondern auch Ansporn sein, weiterhin für eine bessere Welt einzutreten.“

Julia Chenusha, Geschäftsführerin vom Blau-Gelben Kreuz, sagt dazu: „Wir fühlen uns geehrt und wissen die Anerkennung unserer Arbeit sehr zu schätzen, denn unser deutsch-ukrainisches Team tut jeden Tag alles, was möglich ist, damit die Ukraine diesen Krieg gewinnt. Wir danken allen unseren Helferinnen und Helfern und Unterstützerinnen und Unterstützern für die Hilfe, die die Ukrainerinnen und Ukrainer dabei unterstützen, für ihre eigene Existenz, aber auch für unsere Werte zu kämpfen. Gemeinsam sind wir stark!“

JUNGE LIBERALE MEETS RATSFRAKTION

Der neu gewählte Kreisvorstand der Jungen Liberalen Köln traf sich kürzlich zu einem konstruktiven Austausch mit der Ratsfraktion. Fraktionsvorsitzender Ralph Sterck und Falk Neubert, Kreisvorsitzende der Jungen Liberalen, äußerten sich erfreut über die positive und zukunftsweisende Zusammenkunft.

Beide betonten die Bedeutung der Zusammenarbeit: „Die Kommunikation zwischen der FDP-Fraktion und den Jungen Liberalen ist von zentraler Bedeutung für eine erfolgreiche liberale Politik in Köln. Der gegenseitige Austausch ist für uns von hoher Relevanz, um die Ideen und Anliegen junger Menschen in unsere politische Arbeit einfließen zu lassen. Daher freuen wir uns, in Zukunft intensiv zusammen zu arbeiten. Dafür hat unser Austausch die erste Grundlage gelegt.“ [pm]



INTERVIEW MIT DEM WEIHNACHTSMANN



Stefan Döbereck im „Dienstanzug“

Die einen nennen ihn den Nikolaus, die anderen den Weihnachtsmann. Was ist denn nun richtig? Diese Frage ist am einfachsten zu klären, wenn man einfach jemanden fragt, der richtig gut Bescheid weiß – am besten ihn selbst ...

Wie nennt man Dich denn nun richtig: Nikolaus oder Weihnachtsmann?

Das kommt darauf an, wen man treffen will: Mal bin ich der Nikolaus, mal bin ich der Weihnachtsmann. Wie es beliebt. Dieses wird vor dem Auftritt besprochen. Und darunter bin ich ja immer derselbe, der sich mit den Kindern oder den Erwachsenen freut, die etwas mit der jeweiligen Figur anfangen können.

Machst du die ganze Arbeit alleine oder hast du Unterstützung?

Hier in Köln bin ich nicht allein. Es gibt seit über 28 Jahren das Netzwerk Weihnachtsmannservice mit aktuell über 40 Darstellern. Hier treffen geschulte Kollegen, die den Nikolaus und/oder Weihnachtsmann verkörpern, auf Menschen, die auf der Suche danach sind. Das Ganze

läuft für alle kostenlos. Deutschlandweit kenne ich ca. 150 Kollegen.

Man kann das auch lernen?

Ja, es gibt seit über 25 Jahren Schulungen zum Helfer des Nikolaus und Weihnachtsmann mit Diplom. Diese Schulungen habe ich mir einfallen lassen. Die Termine finden mittlerweile in ganz Deutschland und Österreich statt. Bis heute waren mehr als 600 Menschen zusammen mit mir in den Schulungen.

Hast Du einen Tipp, wie ein Wunsch am besten in Erfüllung geht?

Mein Tipp für die Adventszeit ist: weiter an den Nikolaus und Weihnachtsmann glauben, immer schön brav sein und vor allem sich selbst in dieser wunderschönen Zeit zu Entschleunigen. So gehen dann auch ALLE Wünsche in Erfüllung.

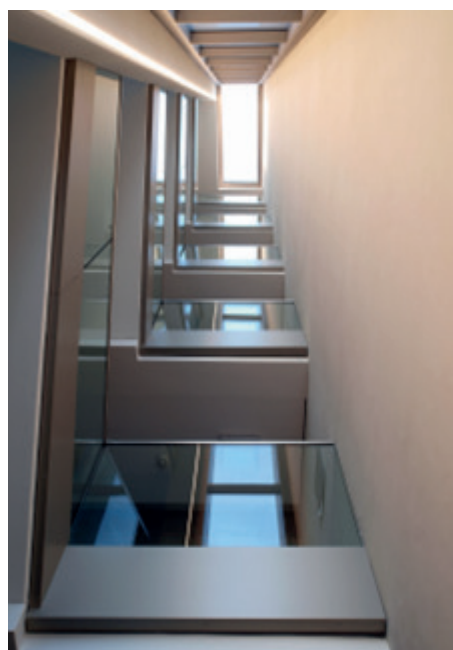
Stefan Döbereck ist Chef des Weihnachtsmannservices (www.weihnachtsmannservice.de), Mitglied des FDP-Stadtbezirksverbandes Lindenthal und war früher Ortsvorsitzender der FDP im Kölner Westen.

DIE NEUE CHRONIK 2.1 IST ERSCHIENEN



Zum 75-jährigen Jubiläum der Kölner FDP und ihrer Fraktion im Rat der Stadt Köln ist die Chronik in aktualisierter Fassung neu aufgelegt worden. Sie bietet auf 64 Seiten einen umfassenden Blick auf die Geschichte der Liberalen in Köln und ist auf der Webseite unter www.fdp-koeln.de als Download oder in analoger Form bei der Ratsfraktion erhältlich. [pm]

Anzeige



ERA PartG mbB
ErlenRuffenArchitekten

Gehobener Verwaltungsbau | Öffentliche Gebäude | Großer Wohnungsbau | Sportbauten | Hotels | Planung und Bauleitung | Neubau | Energetische Sanierung und Modernisierung

Technische Zeichnerinnen und Zeichner, Ingenieurinnen und Ingenieure ständig gesucht. Wir bieten Festverträge mit flexiblen Arbeitszeiten oder im netten Team.



IMPRESSUM: KölnLiberal ist die Zeitschrift der FDP-Köln

FDP-Köln · Breite Straße 159 · 50667 Köln · T 0221 253725 | **FDP-Fraktion im Rat der Stadt Köln** · Rathausplatz 1 · 50667 Köln · T 0221 221-23830

Redaktion: (V.i.S.d.P.) Stephan Wieneritsch · info@fdp-koeln.de · www.fdp-koeln.de · Redaktionsschluss: 30. November 2023

Mitwirkende dieser Ausgabe: Dr. Christian Beese | Lorenz Deutsch | Willem Fromm | Reinhard Houben | Christraut Kirchmeyer | Marc Mauracher | Ralph Sterck